

## Bericht über die Haushaltsentwicklung 2013

### 1. Eckdaten zum Haushaltsplan 2013

Der vom Gemeinderat am 17. Dezember 2012 verabschiedete Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 umfasst ein Gesamtvolumen von € 117.065.000,-- und stellt damit den Haushalt mit dem größten Volumen in der Geschichte der Stadt Lahr dar. Vom Gesamtvolumen entfallen € 96.800.000,-- auf den Verwaltungshaushalt und € 20.265.000,-- auf den Vermögenshaushalt. Im Planwerk 2013 ist eine Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt in Höhe von € 8.435.000,-- ausgewiesen. Zur Erreichung des Haushaltsausgleichs ist eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von € 6.920.000,-- veranschlagt.

Mit Erlass vom 10. Januar 2013 hat das Regierungspräsidium Freiburg sowohl die Gesetzmäßigkeit des Haushaltes 2013 der Stadt Lahr bestätigt als auch den vorgesehenen Kreditrahmen von 2,0 Mio. € und den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von 3,75 Mio. € (ohne jede Einschränkung) genehmigt.

### 2. Zusammenfassung: Haushaltsentwicklung 2013 / Hochrechnung 2013

Für den **Gesamthaushalt 2012** (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) zeichnet sich basierend auf dem **Haushaltsvollzug mit Stand zum 02.07.2012** bzw. bezogen auf die **Gewerbesteuer mit fortgeschriebenem Stand zum 02.08.2012** saldiert eine **Verbesserung** gegenüber der Planung in einer **Größenordnung** von rd. **€ 1,6 Mio.** ab.

Unter Berücksichtigung **weitergehender positiver Erwartungen bzw. Einschätzungen für die zweite Jahreshälfte 2012** (z.B. im Bereich der Finanzzuweisungen) **könnte** sich die **Größenordnung der Verbesserung** auf bis zu rd. **€ 2,5 Mio. (plus x)** erhöhen.

Nach der Mai-Steuerschätzung 2012 kann für das laufende Haushaltsjahr mit Mehreinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von € 150.000,-- gerechnet werden. Weitere Einnahmeverbesserungen resultieren aus den Abschlusszahlungen für das Jahr 2011 beim Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer in Höhe von kumuliert € 325.000,--.

Das Gewerbesteueraufkommen (Soll) liegt nach der **Fortschreibung** mit Stand zum **02.08.21012** in Höhe von € 18.087.149,98 (= + € 158.368,97 im Vergleich zum Stand vom 02.07.2012 mit € 17.928.781,01) um rd. € 1.087.000,-- über dem Planansatz (€ 17,0 Mio.). Die (aktuellen) Mehreinnahmen sind in starkem Maße auf Nachveranlagungen aus Vorjahren sowie aus daraus resultierenden Anpassungen der Vorauszahlungen für die Jahre 2011 und 2012 zurückzuführen. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden den Unternehmen in den Jahren 2009 und 2010 auf Antrag von der Finanzbehörde Herabsetzungen gewährt, die nunmehr (nach und nach) korrigiert werden. Eine verlässliche Prognose der Gewerbesteuerentwicklung bis zum Jahresende ist nicht möglich, da es im weiteren Jahresverlauf noch regelmäßig zu weiteren Nachveranlagungen (Steuernachzahlungen bzw. Steuererstattungen) kommt.

Bei der Grundsteuer B und der Vergnügungssteuer wird mit Mehreinnahmen von zusammen € 187.000,-- gerechnet.

Bei diversen lfd. Einnahmen (u.a. Benutzungsgebühren u.ä. Entgelte, Erstattungen von Eigenbetrieben, Zuweisungen vom Land) zeichnen sich saldiert Mehreinnahmen in Höhe von € 509.000,-- ab.

Ingesamt gesehen wird derzeit bei den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes eine Verbesserung gegenüber der Planung in Höhe von rd. € 2,25 Mio. erwartet. Bei den

Finanzzuweisungen besteht im Hinblick auf die November-Steuerschätzung 2012 allgemein eine grundsätzlich positive Erwartungshaltung für weitere Einnahmeverbesserungen. Auch für sonstige Einnahmen wie z.B. Gebühren und Entgelte, Erstattungen und Zuschüsse werden im Vergleich zur Veranschlagung dem Grunde nach bis zum Jahresende einzelne Verbesserungen erwartet.

Auf der Ausgabenseite des Verwaltungshaushaltes sind aktuell im Vergleich zur Planung Mehrausgaben bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von € 293.000,-- und Einsparungen im Bereich der Statistik (€ 20.000,--) erkennbar, die saldiert zu einer Verschlechterung von € 273.000,-- führen.

Die Investitionstätigkeiten laufen weitgehend planmäßig, wobei sich wesentliche Mehrausgaben bei zwei Maßnahmen/Vorhaben in Höhe von zusammen € 435.000,-- ergeben haben. Hierbei handelt es sich zum Einen um Mehrausgaben beim (allg.) Grunderwerb in Höhe von € 400.000,-- im Zusammenhang mit dem Neubau der Kindertagesstätte in der Heiligenstraße (Ersatzbau Ev. Kindertagesstätte „Arche Noah“) und zum Anderen um Mehrausgaben bei der Straßenbaumaßnahme „Innerstädtischer Tangentenring -BA Turm-/ Bergstraße“ in Höhe von € 170.000,--.

Die Deckung der Mehrausgaben beim allgemeinen Grunderwerb erfolgte vorläufig durch eine erhöhte Rücklagenentnahme und bei der Straßenbaumaßnahme durch Einsparungen bei zwei anderen Straßenbauvorhaben in Höhe von zusammen € 135.000,-- sowie durch Mehreinnahmen in Höhe von € 35.000,-- aus der Ablösung von Stellplätzen.

Der Bericht über die **Haushaltsentwicklung** zur Jahresmitte **2012** sollte im Zusammenhang mit dem bereits vorgelegten Rechenschaftsbericht für *2011* gewertet werden.

### 3. Detaillierte Darstellung: Haushaltsentwicklung 2013

(Basis: Stand der Haushaltsrechnung 2013 vom **01.07.2013**)

Dem Bericht über die **Haushaltsentwicklung** zur Jahresmitte **2013** ist als Anlage eine Übersicht über den Verwaltungshaushalt beigefügt. Die Entwicklung des **bisherigen Haushaltsablaufs 2013** soll mit den nachstehenden Daten und Übersichten näher erläutert werden:

#### A) Verwaltungshaushalt 2013

Der Verwaltungshaushalt 2013 weist ein Volumen von **€ 96.800.000,--** aus.

Zum **01.07.2013** sind nachstehende **Sollzahlen** gebucht (im Vergleich dazu jeweils die Sollzahlen für das Haushaltsjahr 2012, Stand 02.07.2012):

<b>Einnahmen</b>	<b>€ 57.691.258,27</b>	(02.07.2012: € 53.143.236,02)
<b>Ausgaben</b>	<b>€ 36.980.604,12</b>	(02.07.2012: € 35.570.628,33)

Da in den Soll-Einnahmen z.T. auch Buchungen enthalten sind, die das III. und IV. Quartal 2013 betreffen, können aus diesen Zahlen keine Hochrechnungen abgeleitet werden. Die relativ hohe Differenz zwischen den Soll-Einnahmen zur Jahresmitte 2013 im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von rd. 4,55 Mio. € resultiert überwiegend aus höheren Einnahmen aus allgemeinen Finanzausweisungen und aus Steuereinnahmen. **Kassenmäßig** sind bis zum **01.07.2013** nachstehende Zahlungen (**Ist**) im Verwaltungshaushalt erfolgt:

<b>Einnahmen:</b>	<b>€ 44.104.600,32</b>	(02.07.2012: € 40.133.869,40)
<b>Ausgaben :</b>	<b>€ 39.384.150,78</b>	(02.07.2012: € 37.493.137,49)

Die vorgenannten **Sollzahlen** für **2013** setzen sich wie folgt zusammen:

## 1. Erläuterungen zu den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes

Art der Einnahmen	Ansatz 2013  €	Sollzahlen tatsächlich gebucht bis 01.07.2013  €
Grundsteuer A und B	6.535.000,00	6.574.790,49
Gewerbsteuer	18.000.000,00	19.264.171,11
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	14.220.000,00	3.728.406,61
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2.490.000,00	1.183.079,06
Schlüsselzuweisungen, Investitions.pausch.	24.455.000,00	12.235.493,80
Sonstige Zuweisungen v. Land	1.675.000,00	825.159,90
Gebühren u. ähnl. Entgelte	5.470.050,00	3.457.963,42
Einnahmen aus Verkauf, Mieten u. Pachten	2.285.800,00	2.070.338,57
Gewinnanteile v. wirtschaftl. Unternehmen	2.675.500,00	562.563,63
Zuweisungen u. Zuschüsse f. laufende Zwecke	8.968.400,00	4.741.228,78
Kalkulatorische Einnahmen	1.958.950,00	0,00
Innere Verrechnungen	2.263.950,00	1.286.050,00
Sonstige Einnahmen	5.802.350,00	1.762.012,90
<b>Summe Einnahmen</b>	<b>96.800.000,00</b>	<b>57.691.258,27</b>

### Erläuterungen:

a) **Grundsteuer A und B** (Ansatz 2013: 6,535 Mio. €)

Nach der Haushaltsrechnung ist zum **01.07.2013** ein Jahressteuersoll von rd. € 6,57 Mio. verbucht, womit die veranschlagten Einnahmeansätze um rd. € 40.000,-- überschritten sind. Auf die Grundsteuer A entfällt davon ein Betrag von rd. 0,08 Mio. € und auf die Grundsteuer B ein Betrag von rd. 6,49 Mio. €.

b) **Gewerbsteuer** (Ansatz 2013: 18,0 Mio. €)

Zum **01.07.2013** weist die Haushaltsrechnung ein Jahresgewerbesteuersoll 2013 von rd. 19,26 Mio. € und damit Mehreinnahmen von rd. 1,26 Mio. € aus.

Unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Prognosen und der örtlichen Verhältnisse sowie der Gewerbesteuerentwicklung 2012 wurde für das Planjahr 2013 ein Gewerbesteueraufkommen in Höhe von 18,0 Mio. € als realisierbar angesehen.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts (03.07.2013) zeichnet sich in einem Einzelfall ein (mittelgroßer) Einnahmeabgang in Höhe von rd. 0,28 Mio. € ab, so dass derzeit von einem bereinigten Gewerbesteuergesamtaufkommen von rd. 19,0 Mio. € und damit von Mehreinnahmen von rd. 1,0 Mio. € ausgegangen wird.

Unter der Annahme, dass sich das Gewerbesteuerjahresaufkommen 2013 (Ist) auf rd. 19,0 Mio. € belaufen würde, ergäben sich bei der Gewerbesteuerumlage im Vergleich zur Veranschlagung im Planwerk 2013 in Höhe von € 3.185.000,-- Mehrausgaben von rd. € 177.000,-- (*siehe hierzu auch die Ausführungen unter Ziffer 2 d)*).

Somit verbliebe von den Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer unter Berücksichtigung der Gewerbesteuerumlage noch eine saldierte Haushaltsverbesserung von rd. 0,82 Mio. €.

Die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer sind in starkem Maße auf Nachveranlagungen aus Vorjahren sowie aus daraus resultierenden Anpassungen der Vorauszahlungen für die Jahre 2012 und 2013 zurückzuführen.

Das tatsächlich zu erwartende (Jahres-)Ergebnis der Gewerbesteuer lässt sich nur äußerst schwer eingrenzen, da es im weiteren Jahresverlauf noch regelmäßig zu weiteren Nachveranlagungen (Steuernachzahlungen bzw. Steuererstattungen) kommt und evtl. krisenbedingte Folgewirkungen (Euro-/Schuldenkrise) sowie Einbußen aus den Folgewirkungen steuerrelevanter Gesetze nicht unmittelbar greifbar sind.

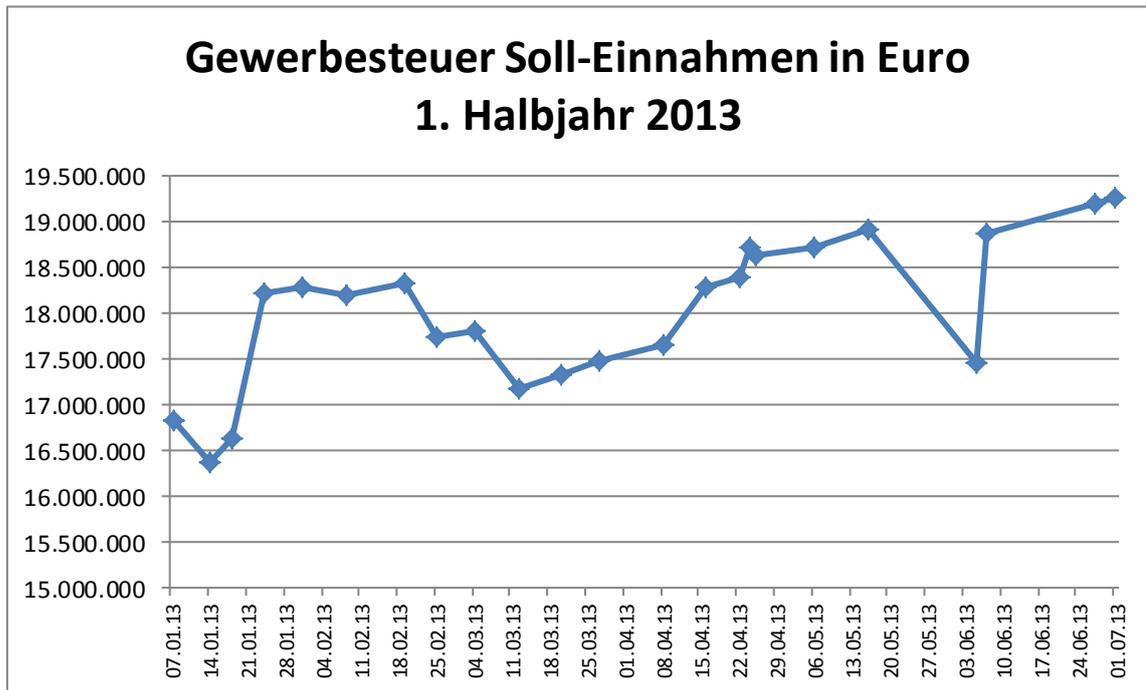
Die nachstehenden Schaubilder zeigen die **Entwicklung des verbuchten Soll-Aufkommens der Gewerbesteuer im 1. Halbjahr 2013** auf (auszugsweise Wiedergabe der Soll-Einnahmen im Zeitraum 07.01.2013 bis **01.07.2013**):

**(1) zahlenmäßige Darstellung**

*(die beiden farblich markierten Positionen zeigen den jeweiligen Minimal- bzw. Maximalwert an)*

<b>(Buchungs-)Stand</b>	<b>Gewerbesteuer</b>	<b>Veränderung +/-</b>
<b>zum</b>	<b>Soll-Einnahmen in Euro</b> <b>1. Halbjahr 2013</b>	<b>in Euro</b>
<b>07.01.13</b>	<b>16.826.729,20</b>	
<b>14.01.13</b>	<b>16.378.192,57</b>	-448.536,63
<b>18.01.13</b>	<b>16.627.390,34</b>	249.197,77
<b>24.01.13</b>	<b>18.220.876,17</b>	1.593.485,83
<b>31.01.13</b>	<b>18.278.801,65</b>	57.925,48
<b>08.02.13</b>	<b>18.192.508,36</b>	-86.293,29
<b>19.02.13</b>	<b>18.323.604,36</b>	131.096,00
<b>25.02.13</b>	<b>17.737.126,63</b>	-586.477,73
<b>04.03.13</b>	<b>17.797.452,05</b>	60.325,42
<b>12.03.13</b>	<b>17.181.524,71</b>	-615.927,34
<b>20.03.13</b>	<b>17.330.772,81</b>	149.248,10
<b>27.03.13</b>	<b>17.483.749,42</b>	152.976,61
<b>08.04.13</b>	<b>17.643.777,73</b>	160.028,31
<b>16.04.13</b>	<b>18.277.234,60</b>	633.456,87
<b>22.04.13</b>	<b>18.393.611,19</b>	116.376,59
<b>24.04.13</b>	<b>18.721.066,69</b>	327.455,50
<b>25.04.13</b>	<b>18.628.045,69</b>	-93.021,00
<b>06.05.13</b>	<b>18.714.172,68</b>	86.126,99
<b>16.05.13</b>	<b>18.907.602,61</b>	193.429,93
<b>05.06.13</b>	<b>17.449.586,45</b>	-1.458.016,16
<b>07.06.13</b>	<b>18.865.109,31</b>	1.415.522,86
<b>27.06.13</b>	<b>19.188.950,35</b>	323.841,04
<b>01.07.13</b>	<b>19.264.171,11</b>	75.220,76

## (2) grafische Darstellung



Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens für den Jahreszeitraum **2000** bis **2012** auf (= Ergebnisse Soll-Einnahmen):

Jahr	Gewerbsteuer	Veränderung +/-
	Soll-Einnahmen in Euro	in Euro
<b>2000</b>	<b>17.121.539</b>	
<b>2001</b>	<b>17.887.084</b>	765.545
<b>2002</b>	<b>21.484.828</b>	3.597.744
<b>2003</b>	<b>14.710.954</b>	-6.773.874
<b>2004</b>	<b>18.996.958</b>	4.286.004
<b>2005</b>	<b>19.861.117</b>	864.159
<b>2006</b>	<b>21.980.544</b>	2.119.427
<b>2007</b>	<b>19.287.073</b>	-2.693.471
<b>2008</b>	<b>15.499.192</b>	-3.787.881
<b>2009</b>	<b>13.932.095</b>	-1.567.097
<b>2010</b>	<b>12.902.864</b>	-1.029.231
<b>2011</b>	<b>15.552.462</b>	2.649.598
<b>2012</b>	<b>17.449.586</b>	1.897.124

c) **Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer**

(Gesamtansatz 2013: 16,71 Mio. €)

Nach der Oktober-Steuerschätzung 2012 hat das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg seine bisherige Prognose über das Aufkommen für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 2013 von zuvor 4,6 Mrd. € auf 4,8 Mrd. € angehoben.

Auf dieser Basis erfolgte unter Ansetzung der maßgeblichen Schlüsselzahl der Stadt Lahr die Veranschlagung des Planansatzes 2013 in Höhe von 14,22 Mio. € (die gemeindespezifische Schlüsselzahl als Grundlage für die Aufteilung des Gemeindefruchteils an der Einkommensteuer wird alle drei Jahre aufgrund einer Steuerstatistik neu festgesetzt).

Die Mai-Steuerschätzung 2013 hat zur keiner Veränderung der Aufkommensprognose geführt, so dass unverändert von einem erwarteten Gesamtausschüttungsbetrag von 4,8 Mrd. € ausgegangen wird.

Der ersten (Abschlags-)Zahlung für 2013 im Rahmen der vorläufigen Abrechnung ist ein Aufkommen von rd. 1,22 Mrd. € zugrunde gelegt worden, was damit seit dem Jahr 2001 den höchsten Betragswert für das erste Jahresquartal darstellt.

Aus der (Spitz-)Abrechnung für das Jahr 2012 hat sich im Januar 2013 bei einem schlussgerechneten Aufkommen von rd. 4,63 Mrd. € eine Nachzahlung zu Gunsten der Stadt Lahr in Höhe von rd. € 105.000,-- ergeben, die im Jahr 2013 verbucht wurde (= Mehreinnahmen).

Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer sind für das Berichtsjahr auf der Basis eines Aufkommens von 562 Mio. € mit 2,49 Mio. € veranschlagt. Aus der Mai-Steuerschätzung 2013 hat sich für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer keine Änderung ergeben.

Aus der (Spitz-)Abrechnung für das Jahr 2012 hat sich im Januar 2013 bei einem schlussgerechneten Aufkommen von rd. 538 Mio. € eine Nachzahlung zu Gunsten der Stadt Lahr in Höhe von rd. € 53.000,-- ergeben, die im Jahr 2013 verbucht wurde (= Mehreinnahmen).

d) **Vergnügungssteuer** (Ansatz 2013: 0,97 Mio.€)

Die Einnahmen aus der Vergnügungssteuer wurden im Haushaltsplan 2013 in Höhe von € 970.000,-- veranschlagt. Nach der Veranlagung der ersten beiden Quartale 2013 sind Einnahmen in Höhe von rd. € 565.000,-- verbucht. Bis zum Jahresende 2013 werden Gesamteinnahmen von rd. € 1.070.000,-- und damit Mehreinnahmen in Höhe von rd. € 100.000,-- erwartet.

e) **Finanzzuweisungen (Finanzausgleichsgesetz)** (Ansatz 2013: 26,13 Mio. €)

Die Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft wurden für die ersten beiden Quartale 2013 mit einer Ausschüttungsquote von 34,8 % (im Vorjahr 37,0 %) und die Mehrzuweisungen mit einer Quote von 15,2 % (im Vorjahr 13,0 %) gutgeschrieben.

Im Haushaltserlass für das Jahr 2013 vom 24.09.2012 hat das Land den Gemeinden empfohlen, bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen von einem Grundkopfbetrag in Höhe von € 1.020,-- auszugehen. Hieraus ergibt sich für die Stadt Lahr unter Berücksichtigung ihrer Einwohnerzahl ein Kopfbetrag von € 1.260,20. Auf dieser Grundlage wurden die Schlüsselzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz für 2013 mit 22,12 Mio. € (im Vorjahr 18,30 Mio.) veranschlagt.

Nach der Oktober-Steuerschätzung 2012 und der Mai-Steuerschätzung 2013 haben sich bei den Kopfbeträgen zur Ermittlung der Schlüsselzuweisungen keine Änderungen ergeben.

Im Zuge der im Juni 2013 erfolgten (Spitz-)Abrechnung der FAG-Leistungen für das Jahr 2013 ergab sich eine Nachzahlung zu Gunsten der Stadt Lahr in Höhe von rd. € 30.000,--.

- f) **Gebühren und ähnliche Entgelte** (Ansatz 2013: 5,47 Mio. €)  
**Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten** (Ansatz 2013: 2,28 Mio. €)

Zum **01.07.2013** belaufen sich die Einnahmen aus Gebühren und ähnlichen Entgelten auf rd. 3,46 Mio. € (02.07.2012: rd. 3,58 Mio. €) und die Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten auf rd. 2,07 Mio. € (02.07.2012: rd. 2,05 Mio. €).

- g) **Einnahmen aus Gewinnanteilen von wirtschaftlichen Unternehmen und aus Konzessionsabgaben** (Ansatz 2013: 2,67 Mio. €)

Die verbuchten Einnahmen aus Gewinnanteilen von wirtschaftlichen Unternehmen und aus Beteiligungen sowie aus Konzessionsabgaben belaufen sich zum **01.07.2013** auf rd. 0,56 Mio. € (02.07.2012: rd. 0,54 Mio. €).

- h) **Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke** (Ansatz 2013: 8,96 Mio. €)

Die Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sind im Haushaltsplan 2013 in Höhe von insgesamt rd. 8,96 Mio. € veranschlagt. Zum Berichtszeitpunkt 01.07.2013 weist die Haushaltsrechnung verbuchte Einnahmen in Höhe von rd. 4,74 Mio. € aus.

- i) **Sonstige Einnahmen** (Ansatz 2013: 5,80 Mio. €)

Die sonstigen Einnahmen sind zum **01.07.2013** mit einem Gesamtbetrag in Höhe von rd. € 1,76 Mio. € verbucht.

Im Unterabschnitt „Wirtschaftsförderung“ werden unter der Finanzposition „Sonstige Finanzeinnahmen“ bei einem Haushaltsansatz von € 345.000,-- und einem Buchungstand zum 01.07.2013 von € 248.839,35 Mindereinnahmen in Höhe von rd. € 95.000,-- erwartet. Diese Finanzposition steht im Zusammenhang mit der Abführung des bereinigten (Ist-)Aufkommens aus Grund- und Gewerbesteuer, welches gemarkungsbezogen für das Westareal des Zweckverbands „Industrie- und Gewerbepark Raum Lahr“ (ZV IGP) der Stadt Lahr zufließt, an den Zweckverband.

Die Einnahmeposition wird zum buchungstechnischen Ausgleich der damit zusammenhängenden Belastung aus dem Finanzausgleich für die Stadt Lahr benötigt. Im Gegenzug werden sich bei der korrespondierenden Ausgabefinanzposition „Ablieferung von Steuern an Zweckverbände“ im gleichen Unterabschnitt Minderausgaben in Höhe von rd. € 130.000,-- ergeben (vgl. hierzu auch die Ausführungen unter der Ziffer 2. b)).

## **2. Ausgaben des Verwaltungshaushaltes**

Die Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes (Soll) liegen zum **02.07.2012** bei rd. 36,98 Mio. € (02.07.2012: rd. 35,57 Mio.), was einem Anteil von 38,2 % (02.07.2012: 39,9 %) des Haushaltsvolumens entspricht. Da die kalkulatorischen Kosten noch nicht und die inneren Verrechnungen nur teilweise verbucht sind und auch die Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt buchmäßig nicht erfasst ist, ist eine Hochrechnung mit den Sollzahlen nicht aussagekräftig.

Im Einzelnen sind folgende Halbjahreswerte darzustellen:

Art der Ausgaben	Ansatz 2013 €	Sollzahlen tatsächlich gebucht bis 01.07.2013 (ohne Haushaltsreste) €
Personalausgaben	25.029.200,00	11.533.314,37
Unterhaltungskosten	4.190.350,00	1.000.958,55
Bewirtschaftungskosten	2.737.000,00	1.117.996,91
Sonstige Sachausgaben	15.000.810,00	6.767.465,50
Zuweisungen und Zuschüsse	6.876.100,00	3.025.722,58
Zinsausgaben	1.286.000,00	624.478,68
Gewerbesteuerumlage	3.185.000,00	940.969,12
Finanzausgleichsumlage	9.790.000,00	4.894.123,70
Kreisumlage	13.290.000,00	3.321.803,40
Weitere Finanzausgaben	70.000,00	0,00
Kalkulatorische Kosten	1.958.950,00	0,00
Innere Verrechnungen	2.263.950,00	1.286.050,00
Deckungsreserve	100.000,00	0,00
Zuführung zum Vermögenshaushalt	8.435.000,00	0,00
Globale Minderausgabe	-475.000,00	0,00
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>93.737.360,00</b>	<b>34.512.882,81</b>

Neben den Ausgabeansätzen stehen im Verwaltungshaushalt noch Haushaltsausgabereste aus dem Vorjahr in Höhe von € 2.041.450,-- zur Verfügung.

## Erläuterungen

### a) Personalkosten

(Ansatz 2013: 25,029 Mio. €)

Die Personalkosten sind im Verwaltungshaushalt 2013 mit € 25.029.200,-- veranschlagt (im Vorjahr: € 23.920.600,--). Zum **01.07.2013** sind rd. 11,53 Mio. € (02.07.2012: rd. 10,99 Mio. €) an Personalkosten abgeflossen. Dies entspricht 46,07 % des Haushaltsansatzes.

Die Jahresrechnung für 2012 hat die Personalausgaben 2012 in einer Gesamthöhe von rd. 23,72 Mio. € ausgewiesen.

Der Tarifabschluss vom Frühjahr 2012 mit einer Mindestlaufzeit vom 01.03.2012 bis 28.02.2014 sieht für die Beschäftigten eine lineare Erhöhung der Tabellenentgelte in drei Stufen vor:

ab 01.03.2012:	+ 3,5 %
ab 01.01.2013:	+ 1,4 %
ab 01.08.2013:	+ 1,4 %

Auf dieser Grundlage ist auch die Veranschlagung der Personalausgaben für den Beschäftigtenbereich im Haushaltsplan 2013 erfolgt.

Hinsichtlich der Dienst- und Versorgungsbezüge war zum Zeitpunkt der Personalkostenveranschlagung für den Haushaltsplan 2013 die Frage einer Besoldungserhöhung für 2013 seitens des Landesgesetzgebers noch offen. Deshalb wurde ein haushaltsbezogenes Gesamterhöhungsvolumen (angelehnt an den Tarifabschluss TVöD 2012) von 1,4 % angenommen.

Zwischenzeitlich liegt der Gesetzentwurf über die Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in Baden-Württemberg 2013/2014 vor. Danach sollen in einem ersten Schritt u.a. die Bezüge für die

- Besoldungsgruppen	A5 – A9	zum 01.07.2013
- Besoldungsgruppen	A10 – A11	zum 01.10.2013
- übrigen Besoldungsgruppen		zum 01.01.2014
-		

linear um 2,45 % erhöht werden.

Im Haushaltsplan 2013 ist eine globale Minderausgabe in Höhe von € 475.000,- aufgenommen worden. Hiervon entfällt ein Anteil in Höhe von € 250.000,- auf den Personalsektor (*siehe hierzu auch die Ausführungen unter Ziffer 2 i*). Nach

derzeitigem Stand sind keine Entwicklungen erkennbar, welche diese Zielsetzung gefährden könnten.

b) **Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand** (Ansatz 2013: 28,92 Mio.€)

Der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand der Gruppierungen 50 bis 678 (ohne innere Verrechnungen und kalkulatorische Kosten) ist mit einem Gesamtbetrag von rd. 24,69 Mio. € und damit gegenüber dem Vorjahr um rd. 2,76 Mio. € höher veranschlagt. Zum **01.07.2013** sind hier rd. 8,96 Mio. (02.07.2012: rd. 8,88 Mio. €) verausgabt worden (= 31,0 %).

Die darin u.a. enthaltenen Aufwendungen für die Bewirtschaftung von Gebäuden (Gruppierung 54 –Energiekosten, Hausdienst, u.a.) liegen mit kumuliert rd. 2,82 Mio. € leicht über dem Ansatz des Jahres 2012 (rd. 2,73 Mio. €). Bis zum **01.07.2013** sind Ausgaben in Höhe von **rd. € 1,11 Mio.** geleistet worden (02.07.2012: 1,11 Mio. €).

Die Unterhaltungsaufwendungen für Grundstücke und bauliche Anlagen wurden mit insgesamt rd. 5,34 Mio. € (2012: rd. 4,19 Mio. €) und damit im Vorjahresvergleich um rd. 1,15 Mio. € höher veranschlagt. Die bis zum Berichtszeitpunkt (01.07.2013) getätigten Ausgaben belaufen sich auf **rd. € 1,0 Mio.** (02.07.2012: 1,0 Mio. €).

Im Unterabschnitt „Wirtschaftsförderung“ werden unter der Finanzposition „Ablieferung von Steuern an Zweckverbände“ bei einem Haushaltsansatz von € 560.000,- und einem Buchungstand zum 01.07.2013 von € 425.738,44 Minderausgaben in Höhe von rd. € 135.000,- erwartet. Diese Finanzposition betrifft die Abführung des bereinigten (Ist-)Aufkommens aus Grund- und Gewerbesteuer, welches markungsbezogen für das Westareal des Zweckverbands „Industrie- und Gewerbepark Raum Lahr“ (ZV IGP) der Stadt Lahr zufließt, an den Zweckverband.

Im Gegenzug werden sich bei der korrespondierenden Einnahmefinanzposition „Sonstige Finanzeinnahmen“ im gleichen Unterabschnitt Mindereinnahmen in Höhe von rd. € 95.000,-- ergeben. Die Einnahmeposition wird zum buchungstechnischen Ausgleich der damit zusammenhängenden Belastung aus dem Finanzausgleich für die Stadt Lahr benötigt (vgl. hierzu auch die Ausführungen unter der Ziffer 1. i)).

Derzeit nicht weiter abschätzen lassen sich notwendig werdende Mehrausgaben für Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Flugbetriebs auf dem Flughafenareal.

c) **Zuweisungen und Zuschüsse** (Ansatz 2013: 7,16 Mio. €)

Die Zuweisungen und Zuschüsse (nicht für Investitionen) sind im Haushaltsplan 2013 mit insgesamt € 7.167.400,-- und damit im Vorjahresvergleich um € 291.300,-- höher veranschlagt.

Davon entfallen auf die Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen als freiwillige Leistungen der Stadt rd. 6,68 Mio. € (im Vorjahr rd. 6,33 Mio. €).

Herauszuheben ist hier insbesondere die Zuschussentwicklung für die Betreuung von unter dreijährigen Kindern. Im Planwerk 2013 sind hierfür im Unterabschnitt 4648 „Förderung von Kindergärten und Kindertagheimen“ Zuschüsse in Höhe von 1,39 Mio. € veranschlagt. Mit Stand zum **01.07.2013** sind Zuschüsse für die Betreuung von unter Dreijährigen in Höhe von rd. € 691.000,-- verausgabt worden.

In diesem Zusammenhang ist ab dem Jahr 2012 aber auch auf die deutlich höheren Zuweisungen des Landes im Rahmen des Finanzausgleichs hinzuweisen („Pakt für Familien mit Kindern“). Unter Anerkennung der Konnexität haben sich das Land und die kommunalen Landesverbände im November 2011 darauf verständigt, dass das Land die Betriebsausgaben für die Kleinkindbetreuung künftig in wesentlich größerem Umfang fördert. Danach

werden die pauschalen Zuweisungen des Landes im Jahr 2012 von zuvor € 129 Mio. um € 315 Mio. auf € 444 Mio. erhöht. Im Jahr 2013 wird das Land einen Betrag von € 477 Mio. (zuvor € 152 Mio.) zur Verfügung stellen.

d) Gewerbsteuerumlage (Ansatz 2013: 3,185 Mio. €)

Der Vervielfältiger zur Berechnung der Gewerbsteuerumlage beträgt im Jahr 2013 gemäß den Orientierungsdaten des Landes (voraussichtlich) 69 v.H. (wie im Vorjahr).

Somit macht die Gewerbsteuerumlage bezogen auf das veranschlagte Gewerbesteueraufkommen einen Anteil von 17,69 % aus. Die Umlagenberechnung erfolgt aus dem tatsächlichen Eingang (Ist-Zahlen) der Gewerbsteuer. Unter Ansetzung des o.g. Vervielfältigers errechnet sich für das Haushaltsjahr 2013 je 1,0 Mio. € Gewerbesteuereinnahme eine Gewerbesteuerumlage von rd. € 176.900,--.

Wie bereits unter Ziffer 1b) ausgeführt, würden sich bei der Gewerbsteuerumlage unter der Annahme, dass sich das Gewerbesteuerjahresaufkommen 2013 (Ist) auf rd. 19,0 Mio. € belaufen würde (= Stand der Soll-Einnahmen zum **01.07.2013** in Höhe von rd. 19,26 Mio. € unter Berücksichtigung eines sich abzeichnenden Gewerbesteuerabgangs in Höhe von rd. 0,28 Mio. €), im Vergleich zum veranschlagten Mittelansatz im Planwerk 2013 in Höhe von € 3.185.000,-- Mehrausgaben von rd. € 177.000,-- ergeben.

Im Zuge der im Januar 2013 erfolgten (Spitz-)Abrechnung der Gewerbesteuerumlage für das Jahr 2012 ergab sich bei einem schlussgerechneten Gewerbesteuer-Ist-Aufkommen 2012 von rd. 17,55 Mio. € eine Nachzahlung zu Lasten der Stadt Lahr in Höhe von rd. € 5.000,--, die im Jahr 2013 verbucht wurde.

Bis zum **01.07.2013** sind für die Gewerbsteuerumlage Ausgaben in Höhe von rd. € 941.000,-- geleistet worden.

e) **Finanzausgleichsumlage (FAG-Umlage)** (Ansatz 2013: 9,79 Mio. €)

Der Umlagesatz für die Berechnung der FAG-Umlage 2013 für die Stadt Lahr wird sich (wie bei der Planung des Ausgabeansatzes angenommen) voraussichtlich auf 22,10 v.H. der Steuerkraftsumme belaufen. Somit errechnet sich bei einer für das Jahr 2013 anzusetzenden Steuerkraftsumme in Höhe von € 44.290.710,-- (im Vorjahr: € 44.748.604,--) eine FAG-Umlage von ger. € 9.790.000,--. Zum Berichtszeitpunkt **01.07.2013** sind für die FAG-Umlage Ausgaben von rd. 4,89 Mio. € verbucht worden.

f) **Kreisumlage** (Ansatz 2013: 13,29 Mio. €)

Die Veranschlagung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2013 basiert auf einem Hebesatz von 30,0 v.H. der Steuerkraftsumme. Hieraus errechnet sich eine Kreisumlage für 2013 in Höhe von € 13.290.000,-- (im Vorjahr: € 14.165.000,-- bei einem Hebesatz von 31,65 v.H.). Nach der Haushaltsrechnung vom **01.07.2013** weist die Finanzposition „Kreisumlage“ Ausgaben in Höhe von rd. 6,64 Mio. € aus.

g) Die **Zinsaufwendungen** sind im Haushaltsplan 2013 mit insgesamt rd. 1,28 Mio. € und damit im Vorjahresvergleich um rd. € 22.000,-- niedriger veranschlagt. Im Gesamtansatz ist ein Betrag von € 189.000,-- für das Rahmenkonto Ost (Flughafenareal) enthalten. Die zum **01.07.2013** gebuchten Zinsausgaben belaufen sich auf insgesamt rd. € 624.000,-- (zum Vorjahrszeitpunkt: rd. € 609.000,--).

Vom vorbezifferten Gesamtansatz (rd. 1,28 Mio. €) entfallen € 965.000,-- auf Zinsen für die bestehenden Darlehen (Kredite von übrigen Bereichen). Zum **01.07.2013** sind hier Ausgaben in Höhe von rd. € 458.000,-- verbucht worden. Nach einer Hochrechnung zum 31.12.2013 können derzeit Minderausgaben in Höhe von rd. € 80.000,-- erwartet werden. Dies ist allgemein auf die günstige

Entwicklung des Zinsniveaus und im Besonderen darauf zurückzuführen, dass im ersten Halbjahr 2013 zwar ein Neudarlehen in Höhe von € 880.000,-- aufgenommen wurde, dieses aber mit einer Zinsfestschreibung von 0,1 % auf 10 Jahre versehen ist.

Hierbei handelt es sich um ein Darlehen der KfW-Bankengruppe aus dem zum 01.02.2013 gestarteten (Sonder-)Förderprogramm „Kita-Ausbau“. Die KfW fördert hier Maßnahmen zur Neuschaffung und Sicherung von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren zu sehr zinsgünstigen Konditionen. Das Darlehen wurde für die städtische Neubaumaßnahme „Kindertagesstätte Alleestraße“ (Rappenareal) und für die dortige Schaffung von 25 Krippenplätzen in max. möglicher Höhe von € 880.000,-- beantragt und auch bewilligt.

#### h) **Deckungsreserve**

Im Haushaltsplan 2013, Unterabschnitt „Sonstige allg. Finanzwirtschaft“ ist eine Deckungsreserve in Höhe von € 100.000,-- (im Vorjahr € 150.000,--) eingestellt worden. Damit sollen in erster Linie Mehrausgaben im Bereich der Gebäudeunterhaltung und im Bewirtschaftungsbereich abgedeckt werden.

Mittel der Deckungsreserve sind bislang nicht in Anspruch genommen worden.

#### i) **Globale Minderausgabe**

Im Unterabschnitt 1.9100 „Sonstige allg. Finanzwirtschaft“ ist eine globale Minderausgabe in Höhe von € 475.000,-- (im Vorjahr € 440.000,--) in den Haushaltsplan 2013 aufgenommen worden.

Nach den gemeindewirtschaftsrechtlichen Bestimmungen kann im Verwaltungshaushalt eine pauschale Kürzung von Ausgaben unter Angabe der zu kürzenden Ausgaben-Gruppen bis zum Betrag von 1 v.H. der Summe der Ausgabenansätze veranschlagt werden (globale Minderausgabe).

Die globale Minderausgabe bezieht sich mit einem Betrag von rd. € 250.000,-- auf die Personalausgaben (Hauptgruppe 4) sowie mit einem Betrag von rd. € 225.000,-- auf ausgewählte Ausgabenbereiche des sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwandes (Hauptgruppe 5 und 6).

Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsrechnung sind keine Anzeichen bzw. Entwicklungen erkennbar die dafür sprechen könnten, dass die mit der veranschlagten globalen Minderausgabe einhergehenden Einsparungen nicht erreicht werden könnten.

- j) **Die sonstigen Ausgaben** liegen im Rahmen des Haushaltsplans. Trotz einer restriktiven Veranschlagung sind derzeit keine stark ergebnisgefährdenden Entwicklungen erkennbar. Zusätzlicher Mittelbedarf hat sich bereits und wird sich auch im weiteren Jahresverlauf insbesondere bei den Unterhaltungsaufwendungen ergeben. Die sparsame Bewirtschaftung der Haushaltsmittel wird daher mit Nachdruck weiterzuführen sein.

#### **Fazit für den Verwaltungshaushalt:**

Für den Verwaltungshaushalt zeichnet sich nach dem Haushaltsvollzug mit Stand zum **01.07.2013** unter Berücksichtigung des sich derzeit beim Gewerbesteuerertrag abzeichnenden Einnahmeabgangs saldiert eine Verbesserung gegenüber der Planung in Höhe von rd. 1,4 Mio. € ab.

Hierbei bestehen aber noch etliche einnahme- wie ausgabeseitige Unwägbarkeiten (z.B. Auswirkungen der November-Steuerschätzung 2013, Ausgaben für die Gebäudeunterhaltung, sonstige Sachaufwendungen), so dass sich diese Größenordnung im weiteren Jahresverlauf auch noch (deutlich) verändern kann.

## B) Vermögenshaushalt 2013

Der Vermögenshaushalt 2013 mit einem Volumen von € 20.265.000,-- ist gegenüber dem im Haushaltsplan 2012 in Höhe von € 11.800.000,-- festgesetzten Volumen um € 8.465.000,-- höher veranschlagt.

Dabei ist für das Berichtsjahr 2013 zu berücksichtigen, dass im Vermögenshaushalt noch Haushaltsausgabereste aus dem Jahr 2012 in Höhe von € 7.632.510,-- zur Verfügung stehen, so dass für 2013 ein Gesamtvolumen von € 27.897.510,-- bereitgestellt ist. Vom Gesamtansatz 2013 (€ 20.265.000,--) sind u.a. folgende Mittelverwendungen vorgesehen:

- € 9.553.400,-- für Baumaßnahmen
- € 2.885.000,-- für Investitionszuschüsse an Dritte
- € 4.300.000,-- für den Erwerb von Grundstücken (\*) und
- € 1.026.400,-- für den Erwerb von bewegl. Vermögensgegenständen.

(\*) Hiervon entfallen € 3.600.000,-- auf den Erwerb der Flugbetriebsflächen auf dem Flughafenareal (Erwerbskosten einschl. Grunderwerbssteuer und Nebenkosten)

### 1. (Soll-)Einnahmen des Vermögenshaushaltes (Stand: 01.07.2013)

Art der Einnahmen	Ansatz 2013 €	tatsächlich eingegangen (ohne Haushaltsreste) bis 01.07.2013 €
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	8.435.000,00	0,00
Entnahme aus Rücklagen	6.920.000,00	0,00
Darlehensrückflüsse	3.900,00	
Veräußerung von Anlagevermögen	1.130.000,00	
Beiträge u. ähnl. Entgelte	0,00	
Zuweisungen / Zuschüsse	1.776.100,00	
Darlehensaufnahmen (ohne Umschuldungen)	2.000.000,00	880.000,00
Darlehensaufnahmen aus Umschuldungen	0,00	700.000,00
<b>Summe Einnahmen</b>	<b>20.265.000,00</b>	<b>1.580.000,00</b>

Im Vermögenshaushalt sind neben den im Planwerk 2013 veranschlagten Einnahmepositionen auch Haushaltseinnahmereste aus dem Vorjahr in Höhe von € 4.672.300,-- zu berücksichtigen.

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um gebildete Einnahmereste für Erschließungsbeiträge und Ausgleichsbeträge von rd. 0,80 Mio. €, um Reste im Rahmen der Förderung von Stadt-sanierungs- und Straßenbaumaßnahmen von zusammen rd. 0,63 Mio. € sowie um die in voller Höhe übertragene Kreditermächtigung des Jahres 2012 von € 2,0 Mio. (Gemeinderatsbeschluss vom 08.04.2013). Zuzüglich der Kreditermächtigung gem. Haushaltsplan 2013 in Höhe von ebenfalls € 2,0 Mio. beläuft sich die Gesamtkreditermächtigung für das Jahr 2013 auf € 4,0 Mio. (betragsgleich wie im Vorjahr). Eine Kreditneuaufnahme ist bislang in Höhe von € 880.000,-- erfolgt.

## 2. (Soll-)Ausgaben des Vermögenshaushaltes (Stand: 02.07.2012)

Art der Ausgaben	Ansatz 2013 €	tatsächlich gebucht (ohne Haushaltsreste) bis 01.07.2013 €
Zuführung zur allgem. Rücklage	500.000,00	0,00
Erwerb von Beteiligungen	200,00	150,00
Erwerb von Grundstücken	4.300.000,00	
Erwerb von bewegl. Sachen	1.026.400,00	
Baumaßnahmen	9.553.400,00	
Tilgung von Krediten (ohne Umschuldungen)	2.000.000,00	905.022,94
Tilgung von Krediten (Umschuldungen)	0,00	700.000,00
Zuschüsse für Investitionen an Dritte	2.885.000,00	
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>20.265.000,00</b>	<b>1.605.172,94</b>

Neben den Ausgabeansätzen stehen im Vermögenshaushalt 2013 noch Haushaltsreste aus dem Vorjahr in Höhe von € 7.632.510,-- zur Verfügung. Hiervon entfallen die drei betragsmäßig größten Ausgabereste auf die Fortführung der Neubaumaßnahme „Kindertagesstätte Alleestraße“ (Rappenareal) mit € 1.068.150,-,

auf den Erwerb von Grundstücken für die Landesgartenschau 2018 mit € 1.017.800,- sowie auf die Sanierungsmaßnahme „Nördliche Altstadt“ (Zuschüsse an übrige Bereiche) mit € 714.200,--.

Wesentliche Besonderheiten im Haushaltsvollzug 2013 bezogen auf den Vermögenshaushalt haben sich bisher bei folgenden vorgesehenen **Maßnahmen** ergeben:

Für die ursprünglich vorgesehene (bautechnische) Eigenrealisierung der Maßnahme **„Ersatzneubau Kindertagesstätte Arche Noah“** in der Heiligenstraße sind im Haushaltsplan 2013 als zweite Baurate Ausgabemittel in Höhe von € 840.000,-- (nachdem im Haushaltsplan 2012 bereits Ausgabemittel in Höhe von € 760.000,-- veranschlagt waren) sowie gleichzeitig auf der Einnahmeseite erwartete Zuschüsse aus der Krippenförderung in Höhe von € 120.000,-- veranschlagt worden.

Nachdem diese Maßnahme von einem privaten Investor (Mietmodell) durchgeführt wird, ergibt sich unter Berücksichtigung von Ausgaben in Höhe von rd. € 30.000,--, die nach der Vertragsgrundlage von der Stadt Lahr zu tragen sind (z.B. vermessungstechnische Leistungen, Maßnahmen zur Baureifmachung des Grundstücks), eine saldierte Haushaltsverbesserung von ca. € 690.000,--.

Für die Straßenbaumaßnahme **„Umbau der Einmündung des Hohbergweges in die B 415 mit Erneuerung der Brücke über die Schutter“** ist ein Ausgabeansatz in Höhe von € 350.000,-- als städtische Kostenbeteiligung in den Haushaltsplan 2013 aufgenommen worden. Im Frühjahr 2013 hat das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg der Stadt Lahr mitgeteilt, dass aufgrund der im Verhältnis zur B 415 geringen Verkehrsbelastung des Hohbergweges eine finanzielle städtische Beteiligung an der Maßnahme nicht erforderlich wird. Vielmehr wird, so das Ministerium, der Bund als Baulastträger die Kosten für den Umbau der Einmündung des Hohbergweges in die B 415 vollständig übernehmen. Bei der Stadt Lahr, welche die Durchführung der Maßnahme im Auftrag des Bundes übernimmt, verbleiben (anteilige) Kosten für Planung und Bauleitung. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass sich bei den veranschlagten Mitteln von € 350.000,-- Minderausgaben in Höhe von ca. € 200.000,-- ergeben werden. Da die Stadt Lahr für

die Straßenbauverwaltung die Planung, Ausschreibung, Vergabe, Bauleitung und Abrechnung der Maßnahme übernimmt, wird ihr dieser Aufwand in Höhe von 8 % der auf den Bund entfallenden Baukosten (einschl. Umsatzsteuer) vergütet. Dies dürfte einer Vergütung in Höhe von ca. € 94.000,-- entsprechen. Vom erwarteten Einsparpotential (€ 200.000,--) sind zum Ausgleich von Mehrausgaben im Zusammenhang mit einer Investitionsförderungsmaßnahme zu Gunsten des NABU (Nationales Naturerbe Langenhard) Deckungsmittel in Höhe von € 33.000,-- herangezogen worden.

Für den Ausbau des **Radweges entlang der Dr. Georg-Schaeffler-Straße** sind im Haushaltsplan 2012 Ausgabemittel in Höhe von € 480.000,-- bei einem gleichzeitig einnahmeseitig veranschlagten Landeszuschuss in Höhe von € 213.000,-- eingestellt. Die Ausgabeposition ist mit folgendem Sperrvermerk hinterlegt: „Die Durchführung der Maßnahme steht in Abhängigkeit der erwarteten Bezuschussung bzw. Zuschusshöhe: Aufhebung des Sperrvermerks durch den Haupt- und Personalausschuss.“

Mit Schreiben vom 22.05.2013 hat das Regierungspräsidium Freiburg der Stadt Lahr mitgeteilt, dass der Ausbau des Radweges entlang der Dr. Georg-Schaeffler-Straße nicht in das Radwegförderprogramm 2013 aufgenommen werden konnte und dass auch eine Unbedenklichkeitsbescheinigung zum jetzigen Zeitpunkt nicht erteilt werden könne. Nach mündlichen Aussagen der Behörde könnte sich möglicherweise jedoch im weiteren Jahresverlauf noch eine Chance für eine Programmaufnahme und damit Bezuschussung ergeben. Andernfalls würde die Maßnahme bei der Aufstellung des Radwegeförderprogramms für 2014 berücksichtigt werden und dem Landesministerium zur Programmaufnahme vorgeschlagen werden.

Sofern die Maßnahme im laufenden Jahr nicht durchgeführt werden sollte, ergäbe sich eine saldierte Haushaltsverbesserung in Höhe von € 267.000,--.

Im ersten Halbjahr 2013 ist ein Neukredit in Höhe von € 880.000,-- aufgenommen worden. Hierbei handelt es sich um ein Darlehen der KfW-Bankengruppe aus dem zum 01.02.2013 gestarteten (Sonder-)Förderprogramm „Kita-Ausbau“. Die KfW fördert hier Maßnahmen zur Neuschaffung und Sicherung von Betreuungsplätzen für

Kinder unter drei Jahren zu sehr zinsgünstigen Konditionen. Das Darlehen wurde für die städtische Neubaumaßnahme „Kindertagesstätte Alleestraße“ (Rappenareal) und für die dortige Schaffung von 25 Krippenplätzen in max. möglicher Höhe von € 880.000,-- beantragt und auch bewilligt. Das Darlehen konnte mit einer Zinsfestschreibung auf 10 Jahre zu 0,1 % abgeschlossen werden und ist für das Aufnahmejahr tilgungsfrei gestellt. Aufgrund dessen und der derzeitigen Absicht, (frühesten) erst wieder im Schlussquartal 2013 auf dem Kreditmarkt tätig zu werden, können bei den **Tilgungsaufwendungen** Minderausgaben in Höhe von ca. € 110.000,-- erwartet werden.

### **Fazit für den Vermögenshaushalt:**

Für den Vermögenshaushalt zeichnet sich nach dem Haushaltsvollzug mit Stand zum 01.07.2013 saldiert eine Verbesserung gegenüber der Planung in Höhe von rd. 1,0 Mio. € ab.

### **C) Übersicht über den Stand der Schulden (Kernhaushalt)**

Der Schuldenstand entwickelte sich wie folgt:

Schuldenstand zum <b>01.01.2013:</b>	€	25.213.310,16
Aufnahme bis <b>01.07.2013:</b>	€	880.000,00
Geleistete Tilgungen bis zum <b>01.07.2013:</b>	€	905.022,94
<b>Schuldenstand zum 01.07.2013:</b>	<b>€</b>	<b>25.188.287,22</b>

Im Haushaltsplan 2013 sind die Einnahmen aus Kreditaufnahmen in Höhe von € 2.000.000,-- veranschlagt. Zuzüglich dem betragsgleichen Haushalts-einnahmerest aus dem Vorjahr beläuft sich die Gesamtkreditermächtigung für das Jahr 2013 auf € 4.000.000,--. Abzüglich der bereits erfolgten Darlehens-neuaufnahme von € 880.000,-- steht noch eine Kreditermächtigung in Höhe von € 3.120.000,-- zur Verfügung.

Im ersten Halbjahr 2013 ist eine (haushaltsneutrale) Darlehensumschuldung in Höhe von € 700.000,- vorgenommen worden.

## D) Zusammenfassung Gesamthaushalt

Die folgenden Übersichten mit Stand vom **01.07.2013** zeigen die wesentlichen Abweichungen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes gegenüber der Planung zusammenfassend auf:

UA	Bezeichnung	Abweichung		Bemerkung
		+ /-	€	
<b>Einnahmen Verwaltungshaushalt</b>				
7910	Wirtschaftsförderung	-	95.000	Sonstige Finanzausgaben
9000	Steuern, allg. Zuweisungen und allg. Umlagen	+	40.000	Grundsteuer B
		+	1.000.000	Gewerbesteuer
		+	285.000	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer: Abschlusszahlung 2012
		+	53.000	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer: Abschlusszahlung 2012
		+	100.000	Vergnügungssteuer (Ansatz 2013: 970 T€, Hochrechn. 2013: 1.070)
		+	30.000	Finanzauszuweisungen (FAG): Schlussabrechnung 2012
<b>Saldo Einnahmen:</b>		<b>+</b>	<b>1.413.000</b>	
<b>Ausgaben Verwaltungshaushalt</b>				
7910	Wirtschaftsförderung	-	135.000	Ablieferung von Steuern an Zweckverbände
9000	Steuern, allg. Zuweisungen und allg. Umlagen	+	5.000	Gewerbesteuerumlage: a). Abschlusszahlung 2012
		+	177.000	b). höheres Gew.St.-Aufkommen 2013
9100	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	-	80.000	Zinsen f. Kredite v. übrigen Bereichen
	Diverse Unterabschnitte	+	45.000	Diverse Mehrausgaben (Deckung z.T. durch o.g. Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben)
<b>Saldo Ausgaben:</b>		<b>+</b>	<b>12.000</b>	
<b>Saldo Verwaltungshaushalt</b>		<b>+</b>	<b>1.401.000</b>	
( += Verbesserung / -= Verschlechterung)				

UA	Bezeichnung	Abweichung		Bemerkung
		+ /-	€	
<b>Einnahmen Vermögenshaushalt</b>				
4649	Kindertagesstätten, Kindergärten	-	120.000,00	Kindertagesstätte "Heiligenstraße" (Ersatzneubau Kita "Arche Noah") keine Krippenförderung, da die Maßnahme von einem priv. Investor durchgeführt wird (Mietmodell)
<b>Saldo Einnahmen:</b>		-	<b>120.000,00</b>	
<b>Ausgaben Vermögenshaushalt</b>				
4649	Kindertagesstätten, Kindergärten	-	810.000,00	Kindertagesstätte "Heiligenstraße" (Ersatzneubau Kita "Arche Noah") Maßnahme wird von einem priv. Investor durchgeführt (Mietmodell); städt. Ausgaben nur für Vermessung, Baureifmachung
6300	Gemeindestraßen	-	170.000,00	Umbau der Einmündung des Hohbergweges in die B 415 mit Erneuerung der Brücke über die Schutter Minderausgaben da Kostenträgerschaft (bis u.a. Planung) beim Bund unter Berücksichtigung eines Deckungsbeitrags für Mehrausgaben bei einer Investitions- förderungsmaßnahme (NABU)
9100	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	-	140.000,00	Tilgungsaufwendungen (bislang aufgenommener KfW-Neukredit über € 880.000,- ist im Aufnahmejahr tilgungsfrei gestellt; weitere Darlehensaufnahme erst im Schlussquartal 2013 ohne Tilgungsanteil in 2013
<b>Saldo Ausgaben:</b>		-	<b>1.120.000,00</b>	
<b>Saldo Vermögenshaushalt</b> (+= Verbesserung / -= Verschlechterung)		+	<b>1.000.000,00</b>	
<b>Saldo Gesamthaushalt</b> (+= Verbesserung / -= Verschlechterung)		+	<b>2.401.000,00</b>	

Unter Berücksichtigung dieser **aktuell erkennbaren Entwicklungen (Stand: 02.07.2012** bzw. bezogen auf die **Gewerbesteuer mit fortgeschriebenem Stand zum 02.08.2012)** und der derzeit grundsätzlichen Einschätzung, dass sich die sonstigen Haushaltspositionen in etwa auf Veranschlagungsniveau bewegen sowie der **Erwartung für zusätzliche Verbesserungen im weiteren**

**Jahresverlauf** (z.B. im Bereich der Finanzzuweisungen), geht die Verwaltung davon aus, dass es für das Jahr 2012 im Vergleich zur Planung zu einer deutlichen Ergebnisverbesserung in einer Größenordnung von bis zu rd. **€ 2,5 Mio. (plus x)** kommen könnte.

Diese Erwartung steht unter dem Vorbehalt, dass bis zum Jahresende keine unerwarteten haushaltswirksame Ereignisse wie etwa größere Einnahmeverluste (z.B. Gewerbesteuer) oder wesentliche Ausgabenerhöhungen (z.B. unabweisbar notwendige Unterhaltungsmaßnahmen) eintreten.

Wie rasch und unerwartet negative Entwicklungen mit Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte entstehen können, hat die jüngste (globale) Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich vor Augen geführt (aktuell: Euro-/ Schuldenkrise).

Im Haushaltsplan 2012 ist für den Ausgleich des Vermögenshaushaltes eine Rücklagenentnahme in Höhe von € 2,466 Mio. veranschlagt. Die derzeit erkennbare Haushaltsentwicklung für 2012 lässt (unter den vorgenannten Vorbehalten) die grundsätzliche Einschätzung zu, dass die planmäßig vorgesehene Entnahme aus der allgemeinen Rücklage entbehrlich werden bzw. sich ggf. darüber hinaus auch eine Rücklagenzuführung ergeben könnte.

Die allgemeine Rücklage weist zum 31.12.2011 einen Bestand von rd. € 17,22 Mio. aus, wobei sich der einsetzbare Anteil auf rd. € 10,18 Mio. beläuft. Anzumerken ist, dass die aktuelle Finanzplanung für die Jahre 2013 und 2014 Rücklagenentnahmen in Höhe von zusammen rd. € 4,58 Mio. sowie in den Jahren 2014 und 2015 eine planerische Netto-Neuverschuldung von zusammen rd. € 3,81 Mio. vorsieht.

Der Haushaltsvollzug im ersten Halbjahr 2012 hat den Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung bzw. eine diesbezügliche formalrechtliche (Vor-) Prüfung (bislang) nicht notwendig gemacht.

Nicht im Haushaltsplan 2012 enthalten ist ein evtl. Mittelbedarf für den seitens der Stadt angestrebten Erwerb der Flugbetriebsflächen des Flughafenareals. Nach wie vor sind die komplexen Verhandlungen mit dem Bund bzw. der BIMA anhängig. In Abhängigkeit der weiteren zeitlichen Verhandlungsabläufe könnte sich die Notwendigkeit für den Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung aber noch im weiteren Jahresverlauf ergeben.

Lahr, 2. August 2012

Jürgen Trampert  
Stadtkämmerer